

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

seit dem Jahr 2019 – damals war noch Franziska Giffey (SPD) Bundesfamilienministerin – empfahl das steuergeldfinanzierte „Regenbogenportal“ Kindern in „leichter Sprache“, zu sogenannten „Pubertätsblockern“ zu greifen, wenn sie noch darüber nachdenken würden, welcher Körper mit welcher geschlechtlichen Ausprägung wohl zu ihnen passen würde. Der Körper des Kindes würde sich dann erst einmal nicht weiterentwickeln, weder in Richtung Mann noch in Richtung Frau.

Etwa drei Jahre fand sich diese seltsame Empfehlung im Netz und blieb unbeachtet. Vor allem wohl deshalb, weil dieses Portal hauptsächlich von jenen besucht wird, die seine Existenz als ihren politischen Erfolg ansehen. Als sie schließlich „entdeckt“ wurde, war das Entsetzen groß und nicht wenige gingen zunächst davon aus, daß es sich dabei um eine bewußte Falschmeldung, „Fake“ genannt, handele. Die Reaktion der sogenannten „Qualitätsmedien“ war jedenfalls sehr zurückhaltend. Die „Welt“ wollte darin nicht mehr als ein merkwürdiges „Comeback alter Geschlechterklischees“ erkennen. Ja, man sah darin nicht einmal eine direkte „Empfehlung“ von Pubertätsblockern. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ monierte nur, daß man nicht auf die möglichen Nebenwirkungen dieser Medikamente und ihre Verschreibungspflicht hingewiesen hatte.

Nach dieser eher milden Kritik nahm das Familienministerium nur den Hinweis auf eine Verschreibungspflicht hinzu. Für Kritiker machte dies die Sache aber nicht besser, denn im Grunde macht man damit die Ärzteschaft zum Erfüllungsgehilfen einer Ideologie. Etwas, das es seit dem Nazi-Deutschland nicht mehr geben sollte und darf.

Doch der Skandal geht weiter. Es ist der stete Versuch linker und links-grüner Ideologen, den Kindern natürliche und durchaus auch geschlechtsspezifische Verhaltensweisen regelrecht auszutreiben. Mädchen sollen danach z.B. nicht mit Puppen spielen und Jungen ihre eher wettbewerbsorientierten Spiele unterlassen. Was als „linke Macke“ begann und noch belächelt werden konnte, ist in Betreuungseinrichtungen und Schulen längst zum Alltag geworden und strebt einem eher menschenfeindlichen „Höhepunkt“ entgegen. Man redet den Kindern dabei ein, daß sie sich ihres Geschlechts nicht allzu sicher sein sollten. Transsexualität mit – im Extremfall – mehreren Geschlechtsumwandlungen nacheinander wird zum neuen Ideal erkoren, dem sich die Kinder stromlinienförmig anpassen sollen.

Steckten frühere totalitäre (und auch noch einige gegenwärtige) Diktaturen die Menschen zwar in Einheitskleidung, beließen sie ihnen doch die unter den Kleidern verborgene Rolle als Mann oder Frau. Heute soll jeder möglichst jedes Jahr sein Geschlecht ändern können – denn wenn ein Mensch sogar hinsichtlich der Frage, ob er ein Männlein oder ein Weiblein ist, keine Antwort mehr weiß, wird er endgültig zu jener willfährigen leeren Hülle, die sich jeder Diktator von links nach rechts gleichermaßen wünscht.

Was sagte Olaf Scholz, als er noch lange kein Bundeskanzler, sondern erst Generalsekretär der SPD war? Er sagte: „Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern!“ Das geht am besten, wenn man die traditionellen Familien mit der starken Eltern-Kind-Beziehung durch eine Kind-Staat-Beziehung ersetzt. Dies wird ihm, das sei ganz klar gesagt, hoffentlich nicht gelingen. Die Chance dafür besteht, denn bisher scheiterte noch jede totalitäre Bestrebung eines Tages. Es fragt sich nur, welche Opfer bis dahin noch zu beklagen sind.

Eines, sehr geehrte Damen und Herren, muß in diesem Zusammenhang aber auch gesagt werden: Das „Regenbogenportal“ des Bundesfamilienministeriums mit dem fatalen „Pubertätsblockerhinweis“ wurde unter Ministerin Giffey während der bisher letzten Großen Koalition eingerichtet. Der die Richtlinien der deutschen Politik bestimmende Bundeskanzler hieß damals noch nicht Olaf Scholz – sondern Angela Merkel . . . (tb)

2 **Nicht nur Google, sondern auch DuckDuckGo zensiert Suchergebnisse**

Der Chef der Suchmaschine DuckDuckGo, Gabriel Weinberg, musste zugeben, daß auch seine Suchmaschine nach politischen Inhalten zensiert. Dies geschieht selbstverständlich nur im Sinne der LGBTQ-, Gender- und andersartigen -Toleranz und ausschließlich gegen politische Inhalte, die der jeweiligen Regierung (vor allem, wenn diese rot-grün gefärbt ist) mißfallen. Neuerdings werden darüber hinaus aber auch alle Inhalte zensiert, die ganz einfach politisch einfach nicht erwünscht sind und die dann ganz einfach als „russische Fehlinformation“ deklassiert werden. Dann werden die entsprechenden Suchergebnisse unterdrückt oder auf hintere Seiten „herabgestuft“. Den Nutzern sollen also diese Inhalte vorenthalten oder das Finden erschwert werden. Dies ist der neue politische Kampf gegen die Bürger, ihre bürgerlichen Freiheiten und die Meinungsvielfalt. (eh)

3 „Katastrophenängste“ in Moskau

Der erfahrene russische Wirtschaftsberater Andrej Illarionow (den Waldimir Putin bald nach seinem Amtsantritt im Jahr 2000 in den Kreml holte) erklärte in einem kürzlichen Interview mit der österreichischen Zeitung „Die Presse“, was die derzeit vorherrschende Sorge des russischen Präsidenten Wladimir Putin sei. Als nach wie vor kühl – manche sagen auch gewissenlos – agierender Staatschef interessieren ihn laut Illarionow zum Beispiel die nach westlichen Schätzungen bis zu 90 000 gefallenen russischen Soldaten kaum. Er hat schließlich nach heutigem Stand Ländereien mit mehr als sieben Millionen Einwohnern bisher dazugewonnen, soll sein nüchtern-zynisches Kalkül lauten. Im Gegenzug zeigen die meisten westlichen Sanktionsmaßnahmen zumindest bisher noch nicht die erhoffte Wirkung. Dies gilt insbesondere für den Energiebereich, wo Russlands Exporte in den letzten Monaten mengenmäßig zwar abgenommen haben. Doch weil gleichzeitig die Preise deutlich stiegen, sind die mutmaßlichen Erlöse Moskaus bisher in etwa gleich geblieben.

Doch es gibt – aus russischer Perspektive – eine Katastrophe, die man in Putins Umgebung sehr deutlich sieht und über die man sich in der westlichen Welt noch nicht hinreichend klar geworden ist. Sie betrifft Russlands Gold- und Währungsreserven, die bei Kriegsbeginn auf rund 650 Mrd. US-Dollar geschätzt wurden. Sie sind über die Kriegsmomente offiziell zwar nur um überraschend geringe 16 % geschrumpft, doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn um auf die überhaupt nur verfügbaren Beträge zu kommen, müssen vorher die durch Sanktionsmaßnahmen etc. „eingefrorenen“ oder eingezogenen Beträge abgezogen werden. Und dies sind nach heutiger Schätzung um die 300 Mrd. Dollar, so daß sich kurz nach Kriegsbeginn zumindest teilweise verfügbare Gold- und Währungsreserven in Höhe von etwa 350 Mrd. Dollar ergaben. Und diese sind zwischenzeitlich um rund 102 Mrd. Dollar geschrumpft, was einem Rückgang von annähernd 30 % in nur gut sechs Kriegsmonaten entspricht.

Und es sind nicht nur die Finanzen, die Putin laut seiner engeren Umgebung zermürben. Es ist auch das Verhalten der Volksrepublik China, mit der Russland noch kurz vor Beginn des Ukrainekrieges „eine umfassende strategische Partnerschaft“ vereinbart hatte. Hätte Peking den Wortlaut dieses Abkommens umgesetzt, wäre es um die Ukraine längst geschehen, daran besteht in Fachkreisen gar kein Zweifel. Doch in China hielt man sich nicht nur bei aktiver militärischer Hilfe bisher sehr zurück, sondern man ging inzwischen auch diplomatisch auf Distanz. Wenn sich Putin in einem Punkt auch für ihn leicht erkennbar verschätzt hat, dann in Bezug auf China. Aus genau diesem Grund gehen immer mehr Beobachter davon aus, daß Putin den Ukrainekrieg entgegen seinen anderslautenden Aussagen nun recht schnell beenden möchte. Deshalb, heißt es weiter, erhöhe er derzeit noch den „Einsatz“, um bei allfälligen Friedensverhandlungen über eine möglichst große Manövriermasse zu verfügen.

In Moskaus politischen Kreisen nimmt derzeit die Angst vor einem wie auch immer gearteten Staatsbankrott zu, dem dann fast die gesamte politische Nomenklatura zum Opfer fiel. Noch traut man auch in diesen Kreisen aber Putin am ehesten zu, in der Ukraine-Frage zu einer auch für Russland befriedigenden Verhandlungslösung zu kommen. Das und nichts anderes ist derzeit Putins wirksamste „Lebensversicherung“. Wenn nicht etwas vollkommen Unerwartetes geschieht, ist deshalb für die nächste Zeit nicht mit einem gegen Putin gerichteten Putsch zu rechnen. (tb)

4 Schweden richtet sich neu aus

Es ist noch nicht lange her, als in Schweden (einer früheren Bastion der Sozialdemokraten) so gut wie niemand etwas mit den Schwedendemokraten zu tun haben wollte. Sie galten – zumindest aus sozialdemokratischer Perspektive – als ganz einfach „viel zu rechts“. Damit ist es seit der kürzlichen Wahl und dem damit einhergegangenen Rechtsruck aber vorbei. Wenngleich es für Schwedendemokraten-Chef Jimmie Åkesson nicht zu einer Regierungsbeteiligung reichen wird, bleibt doch die von den „Konservativen Moderaten“ unter dem wahrscheinlich neuen Regierungschef Ulf Kristersson, den Christdemokraten und den Liberalen angestrebte Minderheitsregierung auf die Unterstützung durch die Schwedendemokraten angewiesen. Deren Vorsitzender Åkesson saß immerhin mit am Verhandlungstisch.

Daß diese Partei nun zu einer Art Königsmacher wurde, führen die meisten Beobachter auf die immer offenkundigeren Migrations- und Kriminalitätsprobleme zurück, unter denen die schwedischen Bürger zunehmend leiden. Zwar ist die Sozialdemokratie dort noch immer eine führende politische Kraft. Doch alleine schon die Tatsache, daß es jetzt möglich wurde, eine dagegen gerichtete Regierung zu installieren (wenn auch auf Minderheits- und Duldungs-Basis), darf als politische Sensation gewertet werden.

Schwedens Wähler haben sich damit für einen Paradigmenwechsel insbesondere in der Integrations- und Migrationspolitik entschieden. Der Leidensdruck war wohl zu groß geworden, obwohl auch die zuletzt regierenden Sozialdemokraten einige Eckpunkte der Asyl- und Einwanderungsgesetze und auch den Ton insgesamt verschärft hatten. Natürlich sind noch keine Details der zu erwartenden Neuregelungen bekannt. Eine härtere Bestrafung der Bandenkriminalität, eine Deckelung der Sozialleistungen und im Gegenzug sinkende Steuern und auch eine Drosselung schwedischer Hilfsmaßnahmen im Ausland stehen auf der Agenda. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Energiepreiskrise setzt man im Heimatland von Greta Thunberg darüber hinaus wieder deutlich mehr als bisher auf die Kernkraft. „Wir werden neue Reaktoren in Schweden bauen“, sagte mit Edda Busch bereits die Vorsitzende der mitregierenden Christdemokraten. Für den passionierten Hobbyläufer und designierten Regierungschef Kristersson dürfte die auf ihn zukommende Regierungszeit aber kein Spaziergang werden. Es ist schließlich ein „sehr bunter Haufen“, den er in Zukunft zusammenhalten muß. (tb)

5 In Polen steigt das Interesse an privatem Waffenbesitz

Mit dem Ukrainekrieg ist in Polen das Interesse an einem Waffenschein deutlich gestiegen, was sich in der stark steigenden Zahl der Anträge auf Erteilung eines solchen widerspiegelt. In Polen, wo vor allem Jäger, Reservesoldaten und Schießsportler Waffen besitzen dürfen, wird ein Waffenschein stets erst nach einer umfangreichen Vorbereitung und Prüfung erteilt. Der Aspirant muß eine entsprechende Ausbildung durchlaufen, sich medizinischen und psychologischen Tests unterziehen und überhaupt einen triftigen Grund für den angestrebten Waffenbesitz haben. Noch halten laut einer repräsentativen Umfrage etwa 65 % der Polen die geltenden Regelungen für angemessen und sie würden keiner Vereinfachung zustimmen. (tb)

6 Das Ministerium und der Verfassungsschutz

Ende August wurde erstmals bekannt, daß Vertraute von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) den deutschen Inlandsgeheimdienst (Verfassungsschutz“) auf zwei ranghohe, langjährige Ministeriums-Mitarbeiter angesetzt hatten. Deren „Fachmeinungen“ wären von der durch den (fachfremden) Minister vorgegebenen politischen Linie viel zu weit entfernt gewesen, hieß es schließlich zur „Begründung“. Es ist ein nach Aussage langjähriger Beobachter einmaliger Vorgang und laut einem internen Protokoll haben seitdem in der Leitungsspitze des Ministeriums Angst und Verunsicherung Einzug gehalten.

Anfang September kam es in dieser Sache schließlich zu einer Krisensitzung, in deren Zuge Habecks engster Mitarbeiter, der Energie-Staatssekretär Patrick Graichen, „Habeck steht jetzt unter Druck“ einräumen mußte. Eine fundierte, aber vom grünen Dogma abweichende Meinung reicht nach Ansicht langjähriger Ministerialbeamter inzwischen aus, als „Russenverstehler“ gebrandmarkt zu werden. Es stellt sich die Frage, ob bei einer derartigen Grundstimmung überhaupt noch eine gebotene, sachliche Lageeinschätzung möglich ist. Ein Sitzungsteilnehmer sagte dazu ganz offen: „Wir bekommen auch von außen viele Anrufe – zum Beispiel Anfragen vom Bundesfinanzministerium – hier gibt es Zweifel, ob man noch mit uns zusammenarbeiten kann.“

Bezeichnenderweise machten sich Habeck-Vertraute während dieser Sitzung nicht einmal die Mühe, die von den Ministerialbeamten geäußerten Sorgen und Bedenken zu zerstreuen. Graichen gab stattdessen ganz offen zu Protokoll, daß es mit der „jahrelangen russlandfreundlichen Politik“ seit die Grünen das Ruder in der Hand hätten nun eben vorbei sei. Neben Graichen nahm mit Christian Maaß (Leiter der Abteilung „Wärme“) ein weiterer enger Habeck-Vertrauter an dem Krisentreffen teil. Maaß wurde erst Anfang 2022 von Habeck in das Ministerium geholt. Zuvor war er in führender Position bei der Grün-Alternativen Liste (GAL) in Hamburg und als Geschäftsführer des Energiewende-Lobbyunternehmens „Hamburg Institut“ tätig. Er beteuerte während der Sitzung, daß „jeder einzelne“ im Zweifelsfall seine uneingeschränkte Rückendeckung habe.

Manche fassten dies als Drohung auf. Denn nach aktuellem Wissensstand sollen es vor allem Habecks Vertraute Maaß und Graichen gewesen sein, die sich im Frühjahr mit der Bitte um „Amtshilfe“ an den Verfassungsschutz gewendet hätten. Es waren ausgerechnet zwei ranghohe Mitarbeiter der Abteilung „Wärme“ (die bisher stets als „hochkompetent und loyal“ beurteilt wurden), derer sich die Verfassungsschützer annehmen sollten. Offiziell sollen viele der von ihnen in letzter Zeit erstellten Unterlagen „nur so von Verständnis für die russische Sicht getrieft“ haben. Und man scheute sich nicht einmal zusätzlich anzumerken, daß deren Argumentation nicht „zur offiziellen Linie der (neuen, die Red.) Bundesregierung“ gepasst habe. Nach einer umfassenden Überprüfung auch privater Freundschaften und Auslandsreisen der letzten Jahre fanden die „Schlapphüte“ in beiden Fällen so gut wie nichts. Sieht man einmal von einer Russlandreise in Jugendjahren und einer nachgesagten „emotionalen Nähe zu Russland“ ab. Zu welchem Ergebnis käme man wohl, diese Frage muß erlaubt bleiben, wenn man die „emotionale Nähe“ mancher aktueller Regierungsmitglieder zu den USA (und ihre dortigen Studienaufenthalte) hinterfragen würde . . .

Interessant zu hinterfragen wären auch einmal die familiären Bande, die sich inzwischen in großer Deutlichkeit in Habecks Ministerium offenbaren. Die Schwester des früheren Grünen-Lobbyisten Graichen, Verena Graichen, arbeitet selbst im „grünen“ Umfeld und ist mit dem grünen Bundestagsabgeordneten Michael Kellner verheiratet, der im gleichen Ministerium wie Graichen zum Parlamentarischen Staatssekretär ernannt wurde. Die zwei wichtigsten Staatssekretäre und Habeck-Vertraute sind mithin verschwägert. Und der Bruder des Energie-Staatssekretärs Patrick Graichen, Jakob Graichen, arbeitet beim selben Öko-Institut wie Verena Graichen. Im Wikipedia-Eintrag über Michael Kellner heißt es dazu: „Die auffällige familiäre Verbindung der Ministeriumsführung wurde als ‚Kellner/Graichen-Clan‘ kritisiert. Vorwürfe der Vetternwirtschaft wies Kellner jedoch zurück.“ Da fehlen auch kritischen Beobachtern manchmal die Worte . . . (tb)

7 Tanz ohne Maske

Nach dem kürzlichen grünen Parteitag feierten die Delegierten ausgelassen. Natürlich ohne Maske, die beim kraftraubenden Tanzen die Atmung wohl zu sehr belastet hätte. Noch während des Parteitages, als die Delegierten gesittet und mit Abständen an ihren Tischen saßen, sah dies anders aus. Praktisch alle trugen Maske, obwohl dies derzeit gar nicht vorgeschrieben wäre. Wohl auch, und das ist demographisch bewiesen, weil die Mitglieder und Anhänger der grünen Partei die bis heute geltenden Maskenzwänge mehr befürworten als andere.

Es ist eine Art Doppelmoral, die sich damit wieder einmal offenbarte und von der auch „Spitzenvertreter“ anderer Parteien nicht frei sind. Obwohl Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) noch immer alarmistisch vor dem Corona-Virus warnt (was an dieser Stelle nicht beurteilt werden kann und soll), flog Bundeskanzler Olaf Scholz (ebenfalls SPD) mit seinen Mitarbeitern und Journalisten „maskenfrei“ nach Kanada. Natürlich seien alle vorher negativ getestet worden, hieß es später zur Beruhigung. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), dem während der Hochphase der Corona-Pandemie die strengsten Einschränkungen unseres Lebens noch nicht weit genug gingen, begab sich selbstverständlich ohne Maske auf das Münchner Oktoberfest. Und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nahm in einem Regional-Express der Deutschen Bundesbahn (wo noch immer eine Maskenpflicht gilt) seinen Gesichtsschutz nicht nur zum Essen ab – was gestattet wäre –, sondern auch für Telefongespräche oder wenn ein Filmchen mit ihm auf dem Handy aufgenommen werden sollte.

Es ist ein irritierendes Verhalten, das letztlich alle Deutschen empören kann. Die „Ängstlichen“, die einen zwangsweisen „Corona-Schutz“ für noch immer geboten halten. Die Mitarbeiter im Gesundheitswesen, die zum Maskentragen verpflichtet bleiben und die unangenehme Aufgabe haben, Patienten und Besucher bei Bedarf auf die auch für sie bestehende Pflicht zum Maskentragen hinzuweisen. Und wie groß mag der Arger bei denjenigen wohl sein, die nach zweieinhalb Jahren Pandemie angesichts des inzwischen hohen Immunsierungsgrades die Auffassung vertreten, daß die Entscheidung über weitere Schutzmaßnahmen (also auch das Maskentragen) in die Verantwortung der mündigen Staatsbürger zurückgegeben gehört.

Der Grüne Vorsitzende Nouripour, Scholz, Steinmeier, Söder und andere messen leider mit zweierlei Maß. Vorschriften sind dabei für das Volk gemacht und man selber nimmt sich eine oder andere Freiheit heraus. Da heißt die Maus keinen Faden ab. (tb)

8 Habecks (und unser) Waterloo

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ist gewiß kein dummer Mann. An der für einen Wirtschaftsminister vorauszusetzenden fachlichen Eignung fehlt es ihm gleichwohl, wenn auch andere Beobachter – mehr dazu in einer der kommenden Ausgaben – Habecks Fehlleistungen nicht als fahrlässig verursacht ansehen. Sie gehen vielmehr davon aus, daß der Minister sehenden Auges eine von ihm und seinen Gesinnungsfreunden angestrebte Deindustrialisierung unseres Landes vorantreibt. Das Gezerre um die Großraffinerie im ostdeutschen Schwedt liefert hierfür ein beredtes Beispiel.

In Schwedt befindet sich eine ganz und gar auf die Zulieferung russischen Rohöls zugeschnittene Anlage. Dies betrifft sowohl die Lieferwege (Pipeline) als auch die Qualität des zu verarbeitenden Rohöls. Noch wird in Schwedt russisches Rohöl verarbeitet, doch damit soll es nach dem Willen unserer gegenwärtigen politischen Führung nach dem 31.12.2022 ein Ende haben. Damit ergeben sich für Schwedt zwei grundsätzliche Probleme. Das eine ist die Frage nach neuen Bezugsmöglichkeiten auf den durchaus „ausgelasteten“ weltweiten Rohölmärkten. Und das andere Problem ist die chemische Zusammensetzung der ab dem 1.1.2023 vielleicht noch verfügbaren Rohölmengen.

Rohöl ist nämlich nicht gleich Rohöl, sondern es unterscheidet sich in seiner chemischen Zusammensetzung teilweise deutlich. Ölarten, die der russischen Provenienz ähneln, sind nur noch in Venezuela verfügbar, über dessen Ölwirtschaft die USA noch immer wirkende Sanktionsmaßnahmen verfügt haben. Und selbst wenn es diese nicht mehr geben sollte, stellte sich die schwierige Frage nach den Transportmöglichkeiten bis nach Schwedt. Die andere Möglichkeit wäre ein grundlegender Umbau der Anlage, um andere Ölarten verarbeiten zu können. Doch dieser Umbau wäre kostenintensiv und er würde auch einige Zeit benötigen und damit zu erheblichen Produktionsausfällen führen. Doch diese darf es in Schwedt eigentlich nicht geben, werden über diese Anlage doch praktisch alle Tankstellen und Industriebetriebe zwischen Rostock und Berlin versorgt. Hinzu kommt u.a. die dortige Bitumenproduktion, mit der mehr als ein Drittel des deutschlandweiten Bedarfs gedeckt wird. Sollte es hier stocken, wären also auch Straßenbauprojekte in München oder Freiburg gefährdet. Und auch der Hochbau wäre betroffen, wenn das dort zur Abdichtung benötigte Bitumen nicht verfügbar wäre. Die Aussage der Bundesregierung, daß „auf dem Weltmarkt für Rohöl derzeit ausreichende Mengen verfügbar“ seien, „um russische Lieferungen zu kompensieren“ zeigt letztlich nur, daß man in Berlin die Schwere und Komplexität des uns drohenden Problems noch nicht ansatzweise begriffen hat.

Hinzu kommt die schwierige Eigentumsfrage, die Raffinerie ist zu 54 % in russischem Eigentum, genau genommen des Ölkonzerns Rosneft. In Berlin gilt es als ausgemachte Sache, daß es zu einer Art Enteignung kommen wird. Minister Habeck hat für diesen Fall hinter sehr gut vorgehaltener Hand dem überwiegend in polnischem Staatsbesitz befindlichen Orlen-Konzern bereits eine Weitergabe des Rosneft-Anteils zu äußerst günstigen Konditionen zugesagt. Nicht zufällig tönent deshalb erst kürzlich wieder neue Reparationsforderungen aus Warschau, um auch den möglichen Preis für den Schwedt-Anteil zu drücken. Und in der polnischen Regierungspartei PIK soll es dem – natürlich nicht bestätigtem – Vernehmen nach bereits zu „diskreten“ Streitereien um die Besetzung hochbezahlter Managerposten „in Schwedt“ gekommen sein. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) blickt auf Habecks „Großzügigkeit mit Steuergeldern“ allerdings mit erheblichem Unmut, weil er – und dies durchaus zu Recht – entsprechende Forderungen Griechenlands und vielleicht auch Italiens fürchtet. Ganz abgesehen von den möglichen Gegenreaktionen Russlands, wenn es zu einer Enteignung oder ähnlichem kommen sollte. Russland könnte dann z.B. die Schwedt versorgende Druschba-Pipeline von heute auf morgen trockenlegen, was die oben beschriebenen Probleme wegen des Zeitfaktors noch einmal verschärfen würde.

Schon heute ist außerdem absehbar, daß ein Bezugsstopp russischen Erdöls ab dem 1.1.2023 auch die Leuna-Anlagen und eine weitere Raffinerie in Sachsen schwer treffen wird. Benzin, Diesel, Heizöl, Bitumen und diverse Roh-Chemikalien werden dann knapp und teuer. Dies zuerst in Mitteldeutschland, später dann im ganzen Land. Lieferketten können zusammenbrechen und es wird zu zahlreichen Insolvenzen mit immer mehr Arbeitslosen kommen. Diese Krise kann dann schnell ein Ausmaß erreichen, bei dem auch Hilfskredite oder – wie Bundeskanzler Scholz sagen würde – ein „Mehrfach-Wumms“ wirkungslos blieben. Habecks „Waterloo“ wäre spätestens dann perfekt. Es bleibt nur die Frage, ob primär Absicht oder Naivität dahintersteht? (tb)

9 Taiwan-Frage – gesunder Pragmatismus oder Doppelmoral?

Es zählt zu den Charakteristika vieler kriegslüsterner Diktatoren, daß sie zukünftige „Taten“ oft mit einer gewissen Vorlaufzeit ankündigen. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sich ein Blick auf einige Reden des dieser Tage voraussichtlich in seinem Amt bestätigten chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, laut denen „die Lösung der Taiwan-Frage und die vollständige Wiedervereinigung Chinas eine historische Mission und eine unerschütterliche Verpflichtung der Kommunistischen Partei Chinas“ sei, die noch während Xis (jetzt wohl letzter) Amtszeit zu erfolgen habe. Von den westlichen Qualitätsmedien kaum beachtet, kündigte Xi damit eine Annektion Taiwans während seiner voraussichtlich bis Mitte/Ende 2027 reichenden, dritten Amtsperiode an. Daß diese angebliche „Wiedervereinigung“ einigermaßen friedlich erfolgen könnte, gilt als unwahrscheinlich. Denn die auf den westlichen Märkten überaus erfolgreichen Taiwanesen wollen mehrheitlich gar nicht „wiedervereinigt“ werden.

Nicht nur seitens der „großen“ Medien, sondern auch seitens der Politik hält man sich in dieser Frage auffällig bedeckt. Schließlich ist z.B. Westeuropa von China rein wirtschaftlich sehr viel mehr abhängig als es dies bis vor einigen Monaten noch von Russland war. Man möchte sich deshalb in der Taiwan-Frage nicht allzu deutlich positionieren, um sich im Ernstfall (feindliche Übernahme Taiwans durch die Volksrepublik China) nicht so deutlich auf die Seite Taiwans schlagen zu müssen, wie dies bei der Ukraine der Fall war und ist. Die einen politischen Beobachter sprechen hier vor gesundem Pragmatismus, die anderen von einer Doppelmoral. (tb)

10 Für Sie aufgelesen:

„Das Weinfass, das Frau Weber leerte, verheerte ihre Leberwerte.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettnerhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.